

**Deadline: 28.11.2024, 12:00 Uhr**

Empfänger: [buero-III A5@bmwk.bund.de](mailto:buero-III A5@bmwk.bund.de)

München, 28. November 2024

## Stellungnahme zum Kraftwerksicherheitsgesetz (KWSG)

Das Umweltinstitut München bedankt sich für die Möglichkeit, den Referentenentwurf des Kraftwerksicherheitsgesetzes kommentieren zu können. Wir kritisieren aber die sehr kurze Frist (25.11., 16:19 bis 28.11., 12:00) für die Kommentierung, in der eine vollständige Bewertung des Gesetzesvorhabens kaum möglich ist.

Wir können daher nur ganz grundsätzlich die ökologische sowie volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Vorhabens in Frage stellen und rufen dringend dazu auf, das im EU-Recht (Art. 3 EED) verankerte "Efficiency First"-Prinzip anzuwenden, um ökologisch schädliche und unwirtschaftliche Überkapazitäten zur Stromerzeugung zu vermeiden. Wir raten dringend davon ab, neue Gaskraftwerke auszuschreiben, nur um weiterhin Energieverschwendung im großen Maßstab zu ermöglichen.

Als Beispiel führen wir die – betriebs- wie volkswirtschaftlich unsinnige und ökologisch nicht zu rechtfertigende – Energieverschwendung im Industriesektor an. Eine von der DENEFF in Auftrag gegebene [Studie der Hochschule Niederrhein](#)<sup>1</sup> errechnete im März 2023 ein wirtschaftliches Einsparpotential von Strom in Höhe von etwa 78 TWh pro Jahr. Sollte diese (verschwendete) Strommenge gleichverteilt sein über alle 8760 Stunden des Jahres, entspräche dies einer „Verlustleistung“ von knapp 9 GW und damit einem Großteil (75%) der laut KWSG-Entwurf neu zu bauenden Kraftwerke in Höhe von 12 GW. Sollte die Verlustleistung nicht gleich verteilt sein (sondern noch Flexibilisierungspotential haben), wäre eine entsprechend größere Einsparung an Backup-Kraftwerken möglich. Wir weisen darauf hin, dass dies lediglich das Einsparpotential im Industrie-Sektor ist. Es bestehen zahlreiche weitere, betriebs- wie volkswirtschaftlich sinnvolle Effizienzpotentiale<sup>2</sup>, insbesondere etwa im Gebäudesektor.

Interessant ist aber auch die Kostenbetrachtung: 78 TWh/a sind bei dem in der Studie angenommenen Strompreis (200 €/MWh) etwa 15,5 Mrd. € Einsparung pro Jahr bzw. ca. 13 Mrd € beim derzeitigen Industrie-Strompreis von etwa 167 €/MWh<sup>3</sup>. Das Einsparpotential elektrischer Energie zählt großteils zu den marktnahen Einsparmöglichkeiten. Es geht hier daher um Investitionen in Höhe von etwa 18 Mrd. €<sup>4</sup>. Die Investition hätte sich also bereits nach eineinhalb Jahren amortisiert. In der Folge profitierte die Industrie jährlich von einer Kostenersparnis in Höhe von 13 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die im Oktober

<sup>1</sup> Studie "Energieeffizienz sichert Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft", April 2023, <https://deneff.org/energieeffizienz-sichert-wettbewerbsfaehigkeit-der-deutschen-wirtschaft/>

<sup>2</sup> Eine sehr gute Übersicht über alle Effizienzpotentiale hat das ifeu 2013 erstellt, siehe dazu die Darstellung als "Effizienzlandkarte" der Bundeszentrale für politische Bildung: [https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Pehnt\\_Effizienzlandkarte\\_V4.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Pehnt_Effizienzlandkarte_V4.pdf)

<sup>3</sup> Quelle: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/>

<sup>4</sup> In o.g. Studie werden die gesamten marktnahen Einsparmöglichkeiten mit 162 TWh/a gesamt elektrisch aufgeführt. Diesen stehen gesamten Investitionen in Höhe von etwa 38,27 Mrd € Investitionen gegenüber.

beschlossene Senkung der Stromsteuer für die energieintensive Industrie führt lediglich zu einer Entlastung von etwa sieben Milliarden Euro pro Jahr.

Besonders pikant: Die Kosten für die neuen Kraftwerke [bezieht das Handelsblatt](#) in einer Höhe, die vergleichbar ist mit den Investitionskosten um obige Energieeinsparung zu bewirken: etwa 18 Mrd. €. Wieso verwenden wir diese 18 Milliarden Euro nicht, um der kränkelnden Industrie zu helfen, gleichzeitig Energieverschwendung abzustellen und damit den Bau neuer Kraftwerke überflüssig zu machen?

Im Sinne einer kosteneffizienten Energiewende fordern wir Sie daher dringend dazu auf, einen Weg zu finden, um die wirtschaftlichen Energie-Effizienzpotentiale endlich umfänglich zu heben. Ordnungsrechtlich wäre dies mit Regelungen wie in der EnSiMiMaV möglich oder alternativ durch eine Umsetzungsverpflichtung, wie im ursprünglichen Entwurf des EnEFG vorgesehen. Ebenfalls wäre eine sofortige Ausschreibung für Energieeffizienz- und Nachfragesteuerungsmaßnahmen nach § 53 EnWG möglich.

Um das Heben der Effizienzpotentiale für die Wirtschaft attraktiv zu machen, wäre alternativ auch ein Konstrukt denkbar, in dem alle – in den Audits und EMS nach EDL-G / EnEFG identifizierten – wirtschaftlichen Energieeinsparmaßnahmen vollständig staatlich finanziert werden. Dies kann aber nur unter der Bedingung geschehen, dass dies entweder gesetzlich verpflichtet wird (wie im ursprünglichen Entwurf des EnEFG im Oktober 2022 vorgesehen) oder aber wirtschaftlich stark incentiviert wird. Möglich wäre es dazu etwa, nach einer kurzen Übergangszeit von etwa drei Jahren, sämtliche Energiepreisvergünstigungen auf denjenigen Teil des Stromverbrauchs zu streichen, der nach Energie-Audits bzw. EMS als wirtschaftliche Sparmaßnahme identifiziert worden ist.

Ein solcher Pakt für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hätte nur Gewinner: die Wirtschaft könnte ihre Anlagen ohne eigene Investitionen auf den neuesten Stand bringen, damit Energiekosten sparen und Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, der Bund spart sich nicht nur den Bau neuer Kraftwerke, sondern auch sämtliche damit verbundene Folgekosten wie Gasbeschaffung und Netzausbau. Und nebenbei wird auch noch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet, denn die geplanten Gaskraftwerke wären auf absehbare Zeit mit hohen klimaschädlichen Emissionen verbunden<sup>5</sup>.

**Kontakt:**

Dr. Leonard Burtscher  
Umweltinstitut München e.V.

[lb@umweltinstitut.org](mailto:lb@umweltinstitut.org)

089 30 77 49 50

---

<sup>5</sup> Da grüner Wasserstoff absehbar knapp bleibt, wird in den neuen Kraftwerken voraussichtlich auf lange Zeit als LNG importiertes fossiles Gas verbrannt werden. Dieses ist -- inklusive der Betrachtung der Vorkette -- so schädlich wie die Kohleverbrennung.  
<https://scijournals.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ese3.1934>